

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 14. November 1957

Blatt 2258

Geehrte Redaktion!

=====

Der von der Gemeinde Wien erbaute neue große Wasserspeicher auf dem Steinfeld ist knapp vor der Fertigstellung. Die letzte der vier riesigen Kammern des insgesamt 600 Millionen Liter fassenden Speichers wird bald geschlossen und nur wenig wird dann mehr darauf hindeuten, welches gewaltige Bauwerk dort unter der Erde liegt. Diese letzte Gelegenheit wollen wir noch einmal benützen und den Vertretern der Presse die Möglichkeit geben, den Wasserspeicher zu besichtigen.

Die Pressefahrt, für die sich der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Koci und die leitenden Beamten der Wiener Wasserwerke zur Verfügung gestellt haben, findet Mittwoch, den 20. November, statt. Die Abfahrt erfolgt bereits um 8.45 Uhr früh vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, Rückkehr um etwa 14 Uhr.

Zur Sicherung Ihres Sitzplatzes im Autobus bitten wir Sie, Ihre Teilnahme bis Montag, den 18. November, 16 Uhr, bei der Telefonnummer 45 16 31, Klappe 2236, anzumelden.

Es wird ersucht, feste Schuhe anzuziehen.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -



Musikveranstaltungen in der Woche vom 18. bis 24. November  
 =====

## 14. November (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 18. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Klavierabend Alfred Brendel (Mozart, Beethoven, Schumann, Bartok, Liszt)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hausmusik-Abend; Ausführende: Schü- ler des Konservatoriums, Leitung Franz Burkhart
Dienstag 19. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Konzert im Jugendabonnement der Stadt Wien; Wr. Symphoniker, Doris Wolf (Klavier), Dirigent Hans Swa- rowsky (Beethoven: 3. Leonorenouver- ture; Franck: Symphonische Variatio- nen; Mendelssohn: Musik aus "Ein Som- mernachtstraum"; Moussorgsky-Ravel: "Bilder einer Ausstellung")
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Georg Baumgartner, Tenor und Leo Heppe, Baß, am Flügel Gershon Jarecki (Lichendorff-Lieder von Schumann, Brahms, Wolf, Kont)
	Kammersaal (MV) 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Edvard Grieg-Feier zum Tag der Haus- musik; Ausführende: ein Kammerchor, Leitung Dr. Hans Gillesberger, Stu- dierende der Akademie
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus I; Die Virtuosen von Rom, Leitung Renato Fasano (Vival- di: "L'Estro armonico", 1. Teil)
Mittwoch 20. Nov.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Violinabend Wolfgang Marschner, am Flügel Otto Schulhof (Bach, Beet- hoven, Schubert, Paganini, Ysaye)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: a.o. Konzert der Virtuosen von Rom, Leitung Renato Fasano (Vivaldi: L'Estro armonico", 2. Teil)



Mittwoch 20. Nov.	Musikakademie Orchestersaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Cello-Abend der Klasse Litschauer- Krause (Bach, Händel, Mozart, Beet- hoven, Mainardi, Hindemith, Ravel, Kabalewski)
Donnerstag 21. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Alexander Jenner (Beet- hoven, Brahms, Chopin, Strawinsky, Villa-Lobos)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreich: Voraufführung des 1. Konzertes im Zyklus V der Wr. KHG., Dirigent Paul Sacher
	Mozartsaal (KH) 19.30	Klavierabend Roberto Cappello, 5 Jahre (Mozart, Beethoven, Schumann, Chopin)
	Musikakademie Orchestersaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Gastvortrag Dozent Gerhard Krause "Jüdisch-Israelische Musik"
Freitag 22. Nov.	Brahmssaal (MV) 19.30	Sonatenabend Erika Genser, Violine, Christine Winkler, Klavier (Mozart, Beethoven, Reger, Debussy)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus V; Kammerorche- ster der Wr. Symphoniker, Hilde Rössel-Majdan (Alt), Ivo Zidek (Tenor), Frederick Guthrie (Baß), Dirigent Paul Sacher (Martin: Etudes; Honegger: Concerto da camera; Stra- winsky: Ballettmusik zu "Pulcinella")
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehreinrichtungen der Stadt Wien: Vortragsabend der Violinklasse Alice Brückner-Kultscher, Zweigschule Favoriten
	Institut für Wissenschaft und Kunst	Robert Schumann-Abend, Leitung Joseph Laska (Lieder und Kammermusik)
Samstag 23. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Wr. Männergesangsverein: Tonkünstler- orchester, Chor-Orchesterkonzert; Dirigent Karl Etti (Siegl: "Das Ge- birge" und Werke von Bruckner, Goto- vac, Mayer, Marx, Uray)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Liederabend William Melnychyn (Bridge, Fomenko, Myssenko, Meyerbeer, Puccini, Schubert, Stradella)



Samstag 23. Nov.	Mozartsaal (KH) 19.00	Vereinigung Naturfreunde: Mandolinen-Orchesterkonzert
	Schubertsaal (KH) 19.30	Mandolinenverein Arion: Mandolinen-Konzert
Sonntag 24. Nov.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 3. Sonntag-Nachmittagskonzert; Annie Jodry (Violine), Dirigent Dr. Volkmar Andreae (R. Strauss: Don Juan; Tschai- kowsky: Violinkonzert; Reger: Mozart- Variationen)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Dirigent Wolfgang Gabriel (Britten, Mozart, Beethoven)
	Brahmssaal (MV) 16.00	Gesangverein der Tischler Wiens: Chorkonzert
	Brahmssaal (MV) 19.30	Liederabend Herbert Zaxk-Lewer (Schubert: Die schöne Müllerin)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Konzert im Jugendabonnement der Stadt Wien (Wiederholung vom 19. Nov.)
	Mozartsaal (KH) 11.00	Kammerorchester der Wr. KHG: 2. Matinee, Dirigent Paul Angerer (Werke von Haydn)
	Mozartsaal (KH) 15.30	Gesangverein der Oberösterreicher: Chorkonzert
	Schubertsaal (KH) 15.30	Kompositionskonzert Richard Maux
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Öffentl. Orchesterkonzert; Wr. Sym- phoniker, Ricardo Odnoposoff (Vio- line), Dirigent Rudolf Moralt (Weber: Ouverture zu "Euryanthe"; Goldmark: Konzert für Violine und Orchester; Pfitzner: Symphonie op. 36a)

- - -



Bürgermeister Jonas aus Stuttgart zurückgekehrt  
=====

Ein "Österreichischer-Platz" in der Schwäbischen Metropole

14. November (RK) Bürgermeister Jonas, begleitet von seiner Gattin und dem Präsidialchef des Wiener Rathauses, Senatsrat Dr. Kutil, ist heute früh von seinem offiziellen Besuch in Stuttgart nach Wien zurückgekehrt. Zu seiner Begrüßung hatten sich auf dem Westbahnhof Stadtrat Afritsch und Magistratsdirektor Dr. Kinzl und in Vertretung der Botschaft der Deutschen Bundesrepublik Botschaftssekretär Dr. Randermann eingefunden.

Mit der Veranstaltung der "Österreichischen Woche", erklärte Bürgermeister Jonas bei seiner Ankunft in Wien, wurde ein weiterer Beitrag zur Festigung der guten Beziehungen zwischen Stuttgart und der österreichischen Bundeshauptstadt geleistet. Die Glanzpunkte der kulturellen Veranstaltungen im festlich geschmückten Stuttgart, die mit der Eröffnung der Ausstellungen "Schwaben - Österreich" und "Moderne österreichische Kunst" eingeleitet wurden, waren die vier Konzerte der Wiener Philharmoniker und ein Gastspiel des Burgtheaters. Schon die beiden ersten Konzerte der Philharmoniker in der neuen "Stuttgarter Liederhalle", denen der Wiener Bürgermeister als Ehrengast beiwohnte, gestalteten sich zu einem triumphalen Erfolg der österreichischen Kunst.

Bürgermeister Jonas hatte während seines Besuches in Stuttgart Gelegenheit, eine Reihe vorbildlicher Schöpfungen der dortigen Stadtverwaltung zu besichtigen, darunter das neue Eberhard Ludwig-Gymnasium, den Neubau einer Berufsschule, das soeben zum Teil fertiggestellte Bürgerspital sowie die große Giebelsiedlung, eine Tochterstadt am Rande Stuttgarts mit 2.500 Wohnungen.

Anlässlich eines Empfanges für die österreichischen Gäste gab das Stadtoberhaupt Stuttgarts einen Beschluß des Gemeinderates bekannt, nach dem eine der markantesten Verkehrsflächen zum Zeichen der Sympathien für das Nachbarland den Namen "Österreichischer-Platz" erhielt.

Bürgermeister Jonas überbrachte den Stuttgartern die Grüße der österreichischen Bundeshauptstadt und beglückwünschte die aufstrebende Metropole der Schwaben zu ihren imponierenden Leistungen im Wiederaufbau. Oberbürgermeister Dr. Klett übermittelte er die Einladung zu einem baldigen Gegenbesuch.



Wiener Landtag

=====

14. November (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat heute um 11 Uhr der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Präsident Marek des verstorbenen Univ.-Prof. Dr. Mandl. Er schilderte den Werdegang des Arztes und Menschenfreundes Felix Mandl bis zu seiner weltbekannten Stellung als hervorragender Gelehrter. Es ist ein großes Verdienst der Gemeindeverwaltung, daß sie ihn im Jahre 1947 die Leitung der Chirurgischen Abteilung des Franz Josef-Spitals übertrug. Mit Feuereifer stürzte er sich in die Arbeit, war doch durch Kriegseinwirkungen gerade im Franz Josef-Spital viel zerstört worden. Wertvolle Erkenntnisse, die Mandl in den langen Jahren seiner Tätigkeit erwerben konnte, fanden dabei wertvolle Verwendung. So wurde die chirurgische Abteilung des Franz Josef-Spitals zu einem bedeutenden Operationsgebiet, das von in- und ausländischen Ärzten besucht wurde. Im Jahre 1954 wurde Prof. Mandl von der Sozialistischen Partei in den Wiener Gemeinderat und in den Wiener Landtag entsandt. Der Tod, der Felix Mandl fällte, verlöschte eine Leuchte der Wissenschaft, aber auch einen Menschen, der vom tiefsten Ethos und Humanismus erfüllt war. Tausende und Abertausende Menschen betrauern seinen allzufrühen Heimgang, alle, die ihre Gesundheit der chirurgischen Kunst des großen Arztes verdanken. Der Wiener Landtag wird seines Mitgliedes, Univ.-Prof. Dr. Felix Mandl, Gemeinderat der Stadt Wien, stets in Ehren gedenken.

Zum Zeichen ihrer Teilnahme hatten sich die Abgeordneten während der Rede des Präsidenten Marek von ihren Sitzen erhoben.

Präsident Marek verliest sodann einen Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph und Genossen (VO), betreffend Absetzung der Post 3, die Gesetzesvorlage zur Ausführung der grundsatzgesetzlichen Bestimmungen über Krankenanstalten und über die Allgemeine Sozialversicherung. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, die Abänderung des Gesetzes vom 16. Dezember 1949 über den Religionsunterricht in der Schule referierte Stadtrat Riemer. Er stellte fest, daß es sich hier um ein kleines und einfaches Gesetz handelt. Das ursprüngliche



Gesetz wurde in Übereinstimmung mit dem Bund im Jahre 1949 beschlossen. Da nun das Bundesgesetz novelliert wurde, ist es zum Wirksamwerden der geänderten Bestimmungen im Lande Wien erforderlich, das Landesgesetz aus dem Jahre 1949 gleichfalls abzuändern. Entsprechend den verfassungsgesetzlichen Bestimmungen kann dies wieder nur durch ein dem Bundesgesetz vollkommen gleichlautendes Landesgesetz erfolgen. Im wesentlichen sieht die Vorlage vor, daß die Religionslehrer wie in der Ersten Republik nunmehr wieder pragmatisiert werden können, wenn sie die sonstigen dienstrechtlichen Voraussetzungen erbringen. Ferner wird in dem Gesetz die Angelegenheit der Religionsinspektoren geregelt. Im ursprünglichen Entwurf war der Artikel II des Bundesgesetzes, der sich mit Wegentschädigungen beschäftigt, nicht enthalten, da er für Wien keine Bedeutung hat. Nach Meinung der Juristen könnte aber bei Weglassen dieses Abschnittes das Wiener Landesgesetz angefochten werden. Der Einbau dieses Abschnittes in das Gesetz soll nun in Form eines Zusatzantrages erfolgen. Der Abschnitt II lautet: "Die Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 23. September 1950, BGBl.Nr. 198, betreffend die Wegentschädigung für Religionslehrer, tritt außer Kraft".

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage mit dem Zusatzantrag einstimmig angenommen.

Den Bericht über das Wiener Krankenanstaltengesetz, das die finanziellen Verpflichtungen des Bundes gegenüber den Ländern bezüglich der Krankenanstalten regelt, erstattete Landeshauptmann-Stellvertreter Weinberger. Er verwies darauf, daß es sich um ein Ausführungsgesetz handelt, das Wien innerhalb Jahresfrist vom Zeitpunkt der Kundmachung des Grundsatzgesetzes des Bundes - dem 7. Jänner 1957 - zu erlassen hat, und sprach die Hoffnung aus, daß jene Bestimmungen des Grundsatzgesetzes, die sich für die Gemeinde Wien schädlich auswirken, bald novelliert würden, da sich die zuständigen Bundesstellen und die Parteien des Nationalrates zu einer Novellierung bereiterklärten. Der Berichterstatter nahm auch zu den Befürchtungen der Ärzteschaft, daß die Anstalten künftig nicht mehr so klaglos geführt werden könnten wie bisher, Stellung und sagte: Ich begreife diese Befürchtungen der Ärzteschaft, doch kommt es auch hier immer auf den Menschen an, der das Gesetz durchzuführen



hat, und so hoffe ich, daß auch künftig eine vernünftige Zusammenarbeit in der Führung der Krankenanstalten erfolgen wird.

Abg. Dr. Christoph (VO) kritisierte, daß die Abgeordneten eine so wichtige Materie erst 48 Stunden vor der Sitzung erhielten, und vertrat die Ansicht, daß sich auch der Bund auf die Dauer den Wünschen der Länder nicht würde widersetzen können und daß Wien sich zum Wortführer eines modernen Krankenanstaltengesetzes machen sollte. Im Krankenanstaltengesetz, sagte er weiter, wird auch von einem Beitrag des Bundes zur Errichtung von Krankenanstalten gesprochen. Aber was nützen alle gesetzlichen Feststellungen, wenn Neubauten nicht durchgeführt werden? Ich frage daher den Herrn Stadtrat: Wie sieht es mit der Verwirklichung dieser Bestimmung im bezug auf das Allgemeine Krankenhaus in Wien aus?

Dr. Christoph vertrat schließlich die Meinung, daß Wien durch dieses Gesetz wesentliche Beträge vorenthalten werden, die dann auf anderen Sektoren der Gesundheitspflege fehlen, und unterzog einzelne Bestimmungen des Gesetzes einer weiteren Kritik. Da das Gesetz der Gemeinde Wien ein paar Schillinge mehr als bisher bringe, werden seine Fraktion ihre Zustimmung geben.

In seinem von Zwischenrufen der VO-Abgeordneten mehrmals unterbrochenen Schlußwort verwies Landeshauptmann-Stellvertreter Weinberger noch einmal darauf, daß das Land keine Möglichkeit hat, das Grundsatzgesetz abzuändern, sondern verpflichtet ist, das Ausführungsgesetz zu erlassen, und bezeichnete das Gesetz als einen großen Fortschritt, weil nun in der Frage der Beitragsleistung klare Verhältnisse geschaffen sind und die Länder nicht mehr betteln gehen müssen.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Weiter stimmte der Landtag gemäß dem Antrag des Berichterstatters Abg. Dr. Fiedler (ÖVP) der Auslieferung des Abgeordneten Karl Eduard Haag (ÖVP) wegen der ihm angelasteten Übertretung des Bäckereiarbeitergesetzes und entsprechend dem Antrag der Berichterstatterin Abg. Jacobi (SPÖ) der Auslieferung des Bundesrates Alfred Porges (SPÖ) wegen Verdachtes der Übertretung nach § 431 StG. - Verkehrsunfall - einstimmig zu.

Im Zusammenhang mit dem Auslieferungsbegehren gegen Bundesrat Porges nahm Abg. Dr. Dipl.-Ing. Hengl (ÖVP) zu einem Artikel der



"Arbeiter-Zeitung" Stellung, in dem die Sozialistische Landtagsfraktion eine Erklärung abgab, wonach sie immer, wenn es sich um Taten von Abgeordneten handelt, die nicht mit der Ausübung ihres Mandates in Verbindung stehen, für die Auslieferung gestimmt hat. Ich hätte diese Erklärung, sagte er, insofern als nicht notwendig, weil auch die Vertreter der ÖVP im Immunitätskollegium immer die Meinung vertreten haben, daß jeder Abgeordnete, wenn er eine Tat begangen hat, die nicht mit der Ausübung seines Mandates im Zusammenhang steht, auszuliefern ist.

Er verwies weiter darauf, daß dieses Auslieferungsbegehren am 31. Juli beim Präsidium des Wiener Landtages einlangte, daß aber der Landtag darüber nicht, wie es in der Verfassung steht, binnen sechs Wochen entschied und auch die Landtagssitzung vom 27. September mit diesem Auslieferungsbegehren nicht beschäftigt wurde.

Präsident Marek gab dazu die Erklärung ab, daß sich der Landtag in seiner Sitzung am 27. September mit der Aufhebung der Immunität hätte beschäftigen können, daß aber, falls der Landtag über einen Antrag auf Aufhebung der Immunität nicht innerhalb von sechs Wochen entscheidet, einer strafgerichtlichen Verfolgung nichts im Wege steht. Er werde dafür Sorge tragen, daß in Hinkunft Anträge um Aufhebung der Immunität auch in der sitzungsfreien Zeit zeitgerecht dem Immunitätskollegium übermittelt werden.

Ich lege Wert auf die Feststellung, sagte Präsident Marek, daß die Nichtbehandlung des Auslieferungsansuchens während der sitzungsfreien Zeit keinesfalls zugunsten des Beschuldigten ausgelegt werden kann. Die Auslieferung ist bereits wirksam geworden, bevor sich das Immunitätskollegium damit beschäftigt hat. Ich habe Auftrag gegeben, daß in Hinkunft Ansuchen um Aufhebung der Immunität unmittelbar dem Immunitätskollegium übergeben werden.

Damit war die Tagesordnung zu Ende. Präsident Marek schloß die Sitzung.

- - -



Wiener Gemeinderat  
=====

14. November (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es lag eine Anfrage der SPÖ vor, "über die Veröffentlichung in der heutigen Tagespresse, betreffend eine Beitragsleistung der Gemeinde Wien für den Bau der Autobahn". Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden. Die VO hat einen Antrag, betreffend "Abbau des Notopfers" eingebracht und die dringliche Behandlung verlangt. Auch darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Als Ersatzmann für den verstorbenen Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Mandl wurde Michael Mann (SPÖ) als Gemeinderat angelobt. Ferner wurde GR. Schiller (SPÖ) zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Gesundheitswesen und GR. Heigelmayr (SPÖ) zum Mitglied des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien gewählt.

GR. Resch (SPÖ) referierte über den Ankauf der Wientalwasserleitung. Er wies darauf hin, daß die Gemeinde Wien das Wasser aus der Wientalwasserleitung, die einer belgischen Gesellschaft gehört, um einen höheren Preis kaufen muß als den, den die Wiener Verbraucher bezahlen. Bei einer Übernahme durch die städtischen Wasserwerke käme der Betrieb der Wientalwasserleitung bedeutend billiger. Aus diesem Grund habe man sich dazu entschlossen, die Wientalwasserleitung zu kaufen. In langwierigen Verhandlungen konnten die ursprünglich hohen Forderungen der belgischen Gesellschaft auf 20 Millionen Schilling herabgedrückt werden. Davon müssen zehn Millionen in belgischen Franken gezahlt werden.

GR. Maller (VO) begrüßte den Kauf der Wientalwasserleitung als einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Wasserversorgung. Gleichzeitig betonte er aber, daß alle bisherigen Maßnahmen das Problem der Wasserversorgung nicht gelöst haben. Es sei daher notwendig, alle Vorarbeiten für den Bau einer dritten Wasserleitung zu beginnen.

In seinem Schlußwort sagt GR. Resch, das Projekt einer dritten Wasserleitung sei ein so großes Problem, daß er dazu nicht nebenbei



Stellung nehmen könne.

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

Über Sachkrediterhöhungen für die Wiener Stadthalle, und zwar für die Nebenhallen wie auch die Haupthalle, referierte GR. Pfösch (SPÖ). Die für den Bau der Haupthalle bewilligte Summe von 75,2 Millionen Schilling soll auf 126 Millionen erhöht werden; die für den Bau der Nebenhallen bewilligten 46 Millionen sollen auf 74,2 Millionen Schilling hinaufgesetzt werden. Im Hinblick darauf, daß es sich hier um ein Bauwerk ohne Vorbild in der Welt handelt, müßten diese Sachkrediterhöhungen bewilligt werden, um die Stadthalle ordentlich vollenden zu können.

GR. Maller (VO) sagt, daß Sachkrediterhöhungen zwar oft notwendig seien. Die hier beantragten Erhöhungen seien jedoch zu groß. Er stimme mit dem Referenten überein, daß die Stadthalle ein einmaliges Bauwerk sei. Er habe jedoch das Gefühl, daß es sich hier um eine großangelegte Schiebung oder um eine sträfliche Vergeudung von Steuergeldern handle. Man müsse doch bedenken, daß um den Betrag von 79 Millionen Schilling 800 Wohnungen hätten gebaut werden können. Der Redner fordert eine strenge Untersuchung und verlangt, daß dem Gemeinderat ein ausführlicher Bericht vorgelegt werde.

GR. Arch. Ing. Lust (ÖVP) stellt fest, daß er sich nicht mit derartigen Verdächtigungen abgeben wolle, wie es VO-GR. Maller getan hat. Es solle jedoch in Zukunft verhindert werden, daß Plänen und Koordinieren nur Schlagworte bleiben. Das vorliegende Zahlenmaterial gibt den Beweis, daß bei der Stadthalle eine systematische Vorplanung gefehlt hat. Darauf wurde schon anlässlich der Krediterhöhung im Jahre 1955 verwiesen. Wenn man einen Vergleich zwischen den Kostenaufstellungen des Jahres 1954 mit den heutigen zieht, kann nur gesagt werden, daß man den Eingebungen des Augenblicks gefolgt ist und experimentiert hat. Der heutige Nachtragskredit sieht eine Steigerung der Kosten um 80 Prozent vor. Dies kann man nicht damit begründen, daß die Stadthalle ein einmaliges Bauwerk ist - und ein solches ist es auch - denn auch bei einem solchen kann man genaue Ziffern errechnen. Man dürfe in diesem Zusammenhang nicht immer auf die Kosten für die Wiedererrichtung der Staatsoper und des Burgtheaters verweisen, denn hier handelte es sich um die Rekonstruktion eines Torsos. Auch Lohn- und Preiserhöhungen können für die ungeheuren Mehrkosten nicht verantwortlich gemacht werden,



da diese nur um etwas 10 Prozent gestiegen sind. Er könne nur immer wieder mahnen, sich vor improvisierten Bauten zu hüten, denn sie verursachen große Mehrkosten und dazu seien die öffentlichen Gelder zu schade. Auch bei der Errichtung des Museums auf dem Karlsplatz hätte man auf die künftige Gestaltung des Platzes Rücksicht nehmen müssen. Alle bedeutenden Bauwerke müssen vor ihrer Ausführung zeitgerecht einer genauen Vorplanung durch entsprechende Arbeitsteams von Ziviltechnikern unterzogen werden. Nach Überprüfung durch die berufenen Amtorgane und nach genauer Kostenerstellung sollen sie dann den zuständigen Ausschüssen zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Redner ersucht, den Worten "Planen und koordinieren und dann bauen" Rechnung zu tragen (Beifall bei der ÖVP).

Stadtrat Thaller (SPÖ) stellt fest, daß die Nachtragskredite nicht durch eine Schlamperie noch durch eine Schiebung verursacht wurden, noch weniger durch eine sträfliche Vergeudung von Steuergeldern. Im Gegenteil, was die Techniker auf diesem Gebiet leisten ist eine Großtat. Es ist eine ungeheure Verantwortung und Belastung, ein solches Bauwerk aufzuführen. Auch den Vorwurf, daß hier nicht richtig geplant wurde, müsse er zurückweisen. Die Stadthalle ist ein einzigartigess Bauwerk, das in diesem Jahrhundert und in diesem Ausmaßen in anderen Ländern überhaupt noch nicht ausgeführt wurde. Bei einem solchen Bauwerk kann niemand von vornherein die wirklichen Kosten feststellen, auch dann nicht, wenn er bis ins Letzte plant. Bei einem so einmaligen Bauwerk sind auch heute noch täglich die verschiedensten Detailplanungen durch den Architekten durchzuführen. Der Vorwurf der Schiebung müsse zurückgewiesen werden, da alle Arbeiten doch auf Grund von Einheitspreisen geleistet werden. Jede einzelne der Firmen, aber vor allem die Baufirma, die die meiste Arbeit leistet, müssen vor derartigen Verdächtigungen in Schutz genommen werden. Die Gemeinde Wien baut im Jahr 5.000 bis 6.000 Wohnungen und bei allen diesen Bauvorhaben waren in den letzten Jahren fast keine Überschreitungen notwendig. Selbst bei der Erbauung des großen Wasserspeichers auf dem Steinfeld war nur eine Überschreitung von 9 bis 10 Prozent erforderlich. Der Redner verweist darauf, daß die Kosten des Wiederaufbaues der Staatsoper weit aus höher waren, als es die Kosten des gesamten Neubaues der Wiener Stadthalle sind. Auch die Kosten der Autobahn werden sich um viele



Millionen höher belaufen, als sie veranschlagt wurden. Auch bei verschiedenen Großbauten in Deutschland haben sich die Baukosten weitaus höher gestellt als angenommen war. Zur Kritik, daß in der Ballspielhalle nachträglich Tore eingebaut werden mußten, ist zu sagen, daß diese Halle ursprünglich nur als Trainingshalle gedacht war, jetzt aber, nachdem die Stadthalle-Betriebsgesellschaft die Arbeit bereits aufgenommen hat, in dieser Halle Veranstaltungen stattfinden und daher zusätzlich Ausgänge für die Besucher geschaffen werden müssen. Abschließend stellt Stadtrat Thaller fest, daß solche Überschreitungen unvermeidlich sind. Es handelt sich hier um ein Bauwerk, das bewunderndes Aufsehen in der ganzen Welt erregt hat.

Die Frage der Gestaltung des Karlsplatzes wird in nächster Zeit dem Gemeinderat vorgelegt werden können. Zwei namhafte Städtebauer, Prof. Holzmeister und Prof. Rainer wurden beauftragt, das städtebauliche Konzept für den Karlsplatz zu entwerfen. Beide haben den Standort des Museums als absolut richtig bezeichnet.

Allen, die beim Bau der Stadthalle so gewissenhafte Arbeit geleistet haben, müsse man danken. Wenn die Stadthalle einmal fertig ist, werden alle Wiener mit ihr Freude haben. Sie wird eine Zierde für unsere Stadt sein (Beifall bei der SPÖ).

GR. Pfoch verwies im Schlußwort darauf, daß das Bauamt und auch das Kontrollamt die Ausgaben bei der Stadthalle ständig überprüfen. Es handelt sich hier eben um ein erstmaliges und einmaliges Projekt. Die Sozialistische Fraktion ist nie aus einer Eingebung des Augenblicks für den Bau einer Stadthalle eingetreten, aber sie hat gefunden, daß eine Stadt wie Wien eine große Sport- und Kongreßhalle braucht. Die anderen Fraktionen haben sich dieser Meinung angeschlossen. Man müsse auch darauf hinweisen, daß bei der Erbauung des Salzburger Festspielhauses eine Überschreitung von 30 Millionen Schilling erforderlich war. Er ist überzeugt, daß die Wiener Stadthalle, wenn sie groß, schön und modern dastehen wird, allen zur Ehre gereicht, die mitgeholfen haben, daß sie entstehen konnte. Der Wiener Bevölkerung wird sie zur Freude und zur Erholung zur Verfügung stehen (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung wurden beide Anträge ohne die Stimmen der VO angenommen.

Hierauf vertrat Stadtrat Thaller den Antrag auf nachträgliche



Genehmigung der Kosten von 5,5 Millionen Schilling für den Umbau des Franz Josefs-Kais, der Rossauer Lände und des Schottenringes im Bereich Ringturm - Augartenbrücke. Der Referent verwies darauf, daß bei dem projektierten Umbau der Ringturmkreuzung keine unterirdischen Bauten notwendig sind und dadurch große Ersparungen erzielt werden. Die Straßenarbeiten werden 5,5 Millionen und die Brückenbauten 7,8 Millionen kosten. Der Berichterstatter sprach die Hoffnung aus, daß der Umbau in möglichst kurzer Zeit ohne besondere Störung des Verkehrs durchgeführt und damit eine befriedigende Lösung gefunden werden kann.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher kritisierte die Art der Behandlung des Aktes. Es sei geschäftsordnungsmäßig zweifellos unrichtig, daß einem Gemeinderatausschuß Arbeitsvergebungen vorgelegt werden, ohne daß ihm das Projekt erklärt wird. Dazu komme, daß man dem Ausschuß zwar das Projekt, nicht aber zugleich die in einem einstimmig gefaßten Beschluß erhobenen Bedenken der Bezirksvorstehung Innere Stadt vorgelegt hat. Ich glaube nicht, sagte er, daß es mit der Achtung vor gewählten Mandataren - auch wenn es sich um eine Bezirksvertretung handelt - vereinbar ist, daß man es nicht einmal der Mühe wert findet, diese Argumente dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. In einem Brief der Bezirksvertretung an den Bürgermeister vom 10. Oktober heißt es, man müsse förmlich zu dem Schluß kommen, daß die Stadtverwaltung überhaupt nicht gewillt war, die Bezirksvertretung rechtzeitig von den Umbauarbeiten in Kenntnis zu setzen.

GR. Dr. Prutscher gab die in dem Brief der Bezirksvertretung niedergelegten Wünsche und Anregungen bekannt, befaßte sich vergleichsweise mit einer Reihe von anderen neuralgischen Punkten und Bauten und kam zu dem Schluß, daß die Baupolitik zwar eine Reihe von für sich allein recht sauber gelösten Projekten schuf, daß aber der Plan noch fehlt, der alle diese Projekte zu einer Einheit zusammenfaßt. Zuerst müsse man einen Strukturplan, einen Gesamtplan und einen Generalverkehrsplan erstellen.



Die Arbeiten am Umbau der Ringturmkreuzung, erklärte der Redner abschließend, sind weit gediehen, und es wäre der Bevölkerung nicht zumutbar, eine halbfertige Arbeit hinzunehmen. Wir geben darum diesem Bauvorhaben unsere Zustimmung, setzen dabei aber voraus, daß man die Wünsche der Bezirksvertretung zur Kenntnis nimmt. Und wenn wir auch unsere Zustimmung zur Durchführung dieses Bauvorhabens geben, so können wir doch niemals unsere Zustimmung dazu erteilen, daß wichtigste Fragen unserer Stadt letztlich zusammenhanglos und ohne einen wirklich gründlichen Plan behandelt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Thaller sagte in seinem Schlußwort, es treffe zu, daß der Plan bei der Vorlage des Aktes im Gemeinderatsausschuß nicht angeschlossen wurde, doch wurde er dem Ausschuß später zur Kenntnis gebracht. Was die Beschwerde der Bezirksvertretung anlangt, habe es sich herausgestellt, daß der Zeitpunkt der Übergabe des Planes vom Bezirksvorsteher nicht richtig bezeichnet wurde. Die Bezirksvorstehung sei zu einer Zeit zur Stellungnahme aufgefordert worden, wo mit den Arbeiten noch nicht begonnen war. Außerdem fuße der Beschluß der Bezirksvertretung zu einem Teil auf ganz falschen Voraussetzungen.

Die vorgeschlagene Lösung, erklärte der Referent abschließend, hat von allen, die sie vorurteilsfrei begutachtet haben, nur Anerkennung gefunden, und ich glaube, daß sie eine der billigsten Verkehrslösungen ist, die man sich für diesen Punkt unserer Stadt nur denken kann.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Koci (SPÖ) referierte über den Bau des neuen Sommerbades auf dem Laaer Berg. Das Projekt sieht einen Fassungsraum für 6.300 Personen vor; die Gesamtfläche des Bades soll 54.000 Quadratmeter betragen. Ein Sportbecken im Ausmaß 16 mal 50 Meter, ein Badebecken von 16 mal 65 Meter und ein Kinderbassin mit 258 Quadratmeter Fläche werden zur Verfügung stehen. Die Baukosten sind mit 38 Millionen Schilling veranschlagt, für die Vorarbeiten heuer werden 4,890.000 Schilling bereitgestellt.



GR. Lauscher (VO) weist auf die Bemühungen seiner Fraktion um die Verwirklichung des Projektes hin und begrüßt den Bau des Sommerbades am Laaer Berg.

Stadtrat Koci sagt in seinem Schlußwort, er freut sich über die Zustimmung des Debattenredners und er hoffe, daß Favoriten bald ein schönes Sommerbad bekommen werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Als letztes Geschäftsstück wird ein Grundankauf in der Leopoldstadt, Miesbachgasse 10, von GR. Svetelky (SPÖ) referiert. Die 410 Quadratmeter große Grundfläche soll um 86.000 Schilling erworben werden, um ein neues städtisches Wohnhaus errichten zu können.

Der Ankauf wird vom Gemeinderat ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Nun wird die dringliche Anfrage der SPÖ behandelt, die von den Gemeinderäten Marek, Sigmund, Adelpoller und Genossen eingebracht wurde. Der Schriftführer verliest die Anfrage, in der es heißt: "In der heutigen Tagespresse wird über eine Vorsprache von Vertretern der ÖVP und der Sozialistischen Partei bei den Herren Bundesministern Dr. Kamitz und Dr. Bock berichtet. Wie uns bekannt ist, sollte dabei eine Erleichterung für die schwierige wirtschaftliche Situation der Wiener Verkehrsbetriebe erreicht werden. Entgegen den Erwartungen erklärten sich die beiden Herren Bundesminister lediglich bereit, die Hälfte der Kosten der Trassenführung der Autobahn nach Wien zu tragen. Diese Bereitschaft wird aber an die Bedingungen geknüpft, daß die Gemeinde Wien die Hälfte der Baukosten ersetzt. Die Gesamthöhe beträgt rund 700 Millionen Schilling. Den Gefertigten ist bekannt, daß der Bau der Autobahn ausschließlich Bundes-sache ist und daher der Bund für die vollen Kosten aufzukommen hat. Sie richten daher an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen die dringliche Anfrage, ob die Gemeindeverwaltung verpflichtet ist, zur Kostentragung des Baues der Autobahn beizutragen."

Zur Begründung der Anfrage erhält GR. Marek (SPÖ) das Wort. Seit Monaten, so führt der Redner aus, beschäftigt sich der Gemeinderatsausschuß für die Städtischen Unternehmungen mit den Problemen der Wiener Verkehrsbetriebe. Stadtrat Dkfm. Nathschläger hat sich bemüht, von Finanzminister Dr. Kamitz Zusagen zu bekommen, die die



Lage der Verkehrsbetriebe erleichtern könnten. Kamitz hat jedoch diese berechtigten Wünsche abgelehnt. Gestern fand nun eine Vorsprache statt, bei der der Finanzminister seine Ablehnung wiederholte, jedoch einen Ausweg gesucht hat. Handelsminister Dr. Bock wurde zu dieser Besprechung gebeten und hat einen Plan entwickelt, der nicht auf die Forderungen Wiens eingeht, sondern in Aussicht stellt, daß die Autobahn nach Wien geführt wird, wenn die Stadt die Hälfte der Kosten bezahlt. Dieser Vorschlag ist eine Verhöhnung der Stadt Wien. Statt die berechtigten Forderungen des Landes zu erfüllen, will man dem Land Wien Bundesaufgaben zuschanzen (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ). Die Autobahn wird hundertprozentig aus Bundesmitteln finanziert, wozu auch der Zuschlag zur Mineralölsteuer Verwendung findet, der zweckgebunden ist. Von dieser Steuer bekommt Wien pro Kopf der Bevölkerung ungefähr 50 Groschen, während auf jeden einzelnen Bewohner der anderen Bundesländer 190 Schilling entfallen. GR. Marek stellt fest, daß die Vertreter der Stadt Wien diesen Vorschlag des Handelsministers ablehnen. Wir können keine Verpflichtungen übernehmen, die dem Bund auf Grund der Steuergesetzgebung zukommen.

Der Redner weist abschließend auch darauf hin, daß eine Schädigung Wiens und der Wiener Wirtschaft besonders jetzt, wo der europäische Markt vorbereitet wird, eine Schädigung ganz Österreichs darstellen würde.

Die Dringlichkeit wird hierauf vom Wiener Gemeinderat  einstimmig zuerkannt.

Zur Besprechung der Anfrage führt Gemeinderat Marek weiter aus, daß in der nächsten Zeit mit dem Zustandekommen des europäischen Marktes wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten werden. Um konkurrenzfähig zu sein, muß Wien alle Möglichkeiten ausschöpfen. GR. Marek ersuchte daher den städtischen Finanzreferenten die Anfrage sofort zu beantworten, damit der Gemeinderat die Interessen dieser Stadt und ihrer Wirtschaft wahren könne.



Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) wendet sich gegen die Ausführungen seines Vorredners. Es sei bekannt, sagte er, daß die Sozialisten alles das nicht freut, was nicht von ihnen kommt. Daß die Sozialisten aber sogar dagegen Stellung nehmen, wenn andere für diese Stadt etwas erreichen, übersteigt doch die kühnsten Vorstellungen (Beifall bei der ÖVP, Gegenrufe bei den Sozialisten). Der Redner zitiert dann einen Brief von Stadtrat Thaller an ihn, in dem dieser darüber klagt, daß der Bund nicht die Absicht habe, im Zusammenhang mit dem Autobahnbau Wien eine finanzielle Hilfe zu leisten. Er, Vizebürgermeister Weinberger, habe zurückgeschrieben, daß er sich bemühen werde, über diese Fragen mit dem Finanzminister zu sprechen; er habe ferner versichert, daß er die Interessen Wiens auch gegen die Regierung vertreten werde.

Auf lebhafteste Gegenrufe der Sozialisten meint Vizebürgermeister Weinberger, daß die Vertretung von Interessen gegen die Regierung bei der SPÖ nicht so selbstverständlich sei. Daren Parteifreunde hätten in Linz und Graz schon einige Male gegen die Interessen der Stadt gestimmt, weil es die Sozialisten in der Regierung verlangt hätten. (GR. Resch: Keine Pauschalverdächtigungen!) Gerade GR. Resch, so fuhr Vizebürgermeister Weinberger fort, wisse genau, daß er immer die Interessen Wiens wahrgenommen habe. Der Redner zitiert dann die "Neue Weltpresse", in der es heißt, daß durch den Beitrag des Bundes zum Bau der Autobahn jährlich indirekt 70 Millionen Schilling für die Straßenbahn zur Verfügung gestellt würden. Der Redner unterstreicht diese Zeitungsnotiz und sagt zu den Sozialisten: Wenn Sie darauf verzichten wollten, daß die Autobahn direkt nach Wien hereingeführt wird, dann müßten Sie dafür auch die Verantwortung übernehmen. (Beifall bei der ÖVP, Gegenrufe bei den Sozialisten). Die Wiener ÖVP ist sehr froh darüber, daß es vor kurzem erst gelungen ist, der Stadt Wien 5,7 Millionen Schilling jährlich für die Krankenanstalten zu retten. Die ÖVP sei auch froh darüber, daß 350 Millionen Schilling vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Er werde trotz dem Ärger der Sozialisten, daß die böse



ÖVP wieder einmal etwas für Wien erreicht hat, auch weiterhin in jedem einzelnen Fall sich sehr darum bemühen, daß der Bund seiner Bundeshauptstadt Hilfe leistet. Wir freuen uns über jeden Erfolg, Sie ärgern sich darüber, so schließt Vizebürgermeister Weinberger, doch die Wiener haben den Vorteil, und das ist das Entscheidende (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Soswinski (VO) stellt fest, daß durch Bundesgesetz jede Straße jederzeit als Bundesstraße erklärt werden kann. Das trifft auch für die Autobahn zu. Von der Mineralölsteuer, die zum Bau der Autobahn verwendet werden soll, soll Wien nach Bundesvorschlag von den für 1958 präliminierten 250 Millionen 17,5 Millionen Schilling erhalten. Dies wäre ein lächerlicher Betrag. Es ist jedoch zu hoffen, daß alle Gemeindevertreter die Interessen unserer Stadt wahrnehmen werden.

Nun ergreift Stadtrat Slavik (SPÖ) das Wort und kommt auf die Ausführungen des Vizebürgermeister Weinberger zurück, der erklärte, die ÖVP habe sich bemüht, die Benachteiligung Wiens durch das Krankenanstaltengesetz zu beseitigen. Er gebe zu, daß Vizebürgermeister Weinberger eine Aussprache mit Finanzminister Kamitz gehabt habe und die Zusage erhielt, daß dieses Unrecht beseitigt wird. Hierzu muß aber auch festgestellt werden, wie es zu diesem Unrecht kam. Dieses Gesetz kam nicht durch die SPÖ zustande, sondern durch die Parteifreunde des Vizebürgermeister Weinberger.

Auch bei den Berechnungsgrundlagen dürfe man nicht immer von verschiedenen Zeitspannen ausgehen. Das ergebe ein gänzlich falsches Bild. Vizebürgermeister Weinberger hat gemeint, es sei gleichgültig, auf welche Art wir vom Bund Geld bekommen. Ich kann nur sagen, daß es wohl gleichgültig ist auf welche Art wir Geld bekommen, aber nicht, auf welche Art wir kein Geld bekommen. Wir haben vielmehr eine Verpflichtung auf 350 Millionen Schilling bekommen. Die zitierte Vorsprache beim Finanzminister kam erst nach langen Vertröstungen zustande. Mitte des Jahres hat der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen einen dringenden Hilferuf wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Verkehrsbetrieben ausgestoßen.



Plötzlich tauchten in den ÖVP-Zeitungen Vorschläge für einen Sanierungsplan für die Wiener Stadtwerke auf. Dieser Plan hat neben Forderungen an die Hoheitsverwaltung auch solche an den Bund enthalten. Die Sozialistische Partei war der Ansicht, daß man diese Vorschläge auch von Experten überprüfen lassen müsse. Was die Forderungen gegenüber der Stadt Wien betrifft, haben die Vorschläge nicht die Zustimmung der Experten gefunden. Sie standen auf dem Standpunkt, wenn schon Gas- und E-Werk Mehreinnahmen erzielen könnten, dann müßten diese Mehreinnahmen diesen Werken zugute kommen. Die derzeitige Form der Unterstützung müßte innerhalb von drei Jahren abgebaut werden. Die Forderungen gegenüber dem Bund wurden als gerechtfertigt bezeichnet. Es geht ja hier nicht darum, vom Bund eine "Subventionierung" zu bekommen, sondern für erbrachte Leistungen die gebührende Entschädigung zu erhalten. Dies hätte ungefähr einen Betrag von 60 Millionen Schilling erbracht und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Verkehrsbetriebe herbeiführen können. Leider hat der Finanzminister diese Forderung, die seine Wiener Parteifreunde aufgestellt haben, abgelehnt. Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen mit dem Finanzminister ist für die Wiener Verkehrsbetriebe ebenfalls erfolglos geblieben. Es wurde weder ein Nachlaß der Beförderungssteuer, noch ein Zuschuß zu den Baukosten, noch ein solcher zu den Sozialleistungen genehmigt. Vielmehr wurde ein anderer Vorschlag gemacht und so dargestellt, als ob damit der Stadt Wien etwas geschenkt werden würde. Es ist dies der Vorschlag, daß der Bund 50 Prozent der 700 Millionen betragenden Kosten für die Einmündung der Autobahn nach Wien übernimmt. Es kommt also nicht Geld nach Wien, sondern die Wiener Bevölkerung wird verpflichtet, 350 Millionen Schilling als Beitrag dafür zu leisten, daß die Autobahn nicht an der Grenze Wiens endet. Sollte dies den Wienern nicht recht sein, würde man eben die Autobahn um Wien herum bauen. Eine solche Maßnahme würde weder ein Inländer noch ein Ausländer verstehen. Man kann die Wiener Bevölkerung nicht schlechter behandeln als die übrige Bevölkerung Österreichs (Beifall bei den Sozialisten). Für die übrige Bevölkerung Österreichs wird die Autobahn ausschließlich aus Bundesmitteln gebaut. Und genau dasselbe muß für die Wiener recht sein. Der Bau darf nicht zu 50 Prozent auf Kosten der Wiener gehen, er muß zu 100 Prozent



auf Kosten des Bundes gehen - genau wie in den anderen Bundesländern. (Neuerlicher stürmischer Beifall bei der SPÖ.)

Glauben Sie, daß man den Wiener Autofahrern, die gar nicht wenig zahlen, die allein für den Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer schätzungsweise zumindest 400 bis 500 Millionen Schilling im Jahr aufbringen, einreden kann, daß der Bund seine Steuergelder verwendet, um wo anders Straßen zu bauen, sie aber separat noch für die Straßen in Wien zahlen sollen?

Bevor sich irgend ein verantwortlicher Funktionär dieser Stadt 1957 bereiterklärt, für die Wiener Bevölkerung eine Belastung von 350 Millionen zu übernehmen, (Vizebürgermeister Weinberger: Verzichten Sie darauf!), warten wir lieber noch ein Jahr. Stadtrat Slavik rief sodann zu den Bänken der ÖVP gewandt: Verlassen Sie sich darauf, daß halten Sie gegenüber der Wiener Bevölkerung nicht durch. Ich bin überzeugt, daß dieses Unrecht nicht aufrechterhalten werden kann, und deshalb bin ich auch Optimist, daß der Bund das bezahlen wird!

Wir stehen vor außerordentlich schwierigen Verkehrsproblemen, und wir stehen auch vor großen Aufgaben, die wir nicht allein im Interesse der Wiener, sondern der ganzen österreichischen Bevölkerung zu erfüllen haben. Die Erweiterung des Stadions zum Beispiel soll nicht nur der Wiener Bevölkerung dienen, sondern ist gleichzeitig eine Voraussetzung dafür, daß sich Österreich vielleicht doch einmal um die Olympischen Spiele bewerben kann. Die Stadthalle und Kongreßhalle gehören nicht nur für die Wiener, sie gehören für die österreichische Bevölkerung. Und wenn wir sagten, wir wollen 50 Prozent der Kosten für den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses übernehmen, so tun wir das nicht nur für die Wiener, sondern auch für die weltberühmte Wiener Schule. (Stürmischer Beifall bei der SPÖ. - Vizebürgermeister Weinberger: Hoffentlich bald!) Die ÖVP und die Minister der ÖVP müssen sich einmal von den Gedanken befreien, daß man die Wiener Bevölkerung dauernd melken kann und noch so zu reden, als ob Wien ein Wasserkopf wäre. Umgekehrt ist es. Uns werden Gelder weggenommen, die wir aufbringen.



Man soll endlich mit dieser dummen und unaufrichtigen Hetze gegen Wien aufhören, die überall von der ÖVP betrieben wird (Zustimmung bei der SPÖ).

Ich würde hoffen, daß der gesamte Wiener Gemeinderat eine solche Zumutung des Bundes ablehnt und auf dem Standpunkt steht, daß der Autobahnbau nach Wien zu 100 Prozent Aufgabe des Bundes ist und den Wiener Verkehrsbetrieben gegeben werden sollte, was ihnen zusteht! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Hierauf begründete GR. Dr. Soswinski (VO) das Verlangen nach dringlicher Behandlung seines Antrage, beim Finanzminister dahin zu wirken, daß mit dem Abbau des Bundespräzipuums im Jahre 1958 begonnen wird. Dem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Bürgermeister Jonas schloß die Sitzung um 15.40 Uhr.

- - -



Städtebund erörtert Krankenanstaltenprobleme  
=====

14. November (RK) Auf Einladung des Österreichischen Städtebundes fand gestern Mittwoch vor einem großem Auditorium von Politikern, Ärzten, Krankenhausverwaltern und sonstigen Fachleuten ein Vortrag über das Thema "Verwaltungsprobleme der Krankenanstalten" statt. Der Präsident des Deutschen Krankenhausinstitutes, Dr. Dr. h.c. Peter van Aubel, berichtete ausführlich über die Erfahrungen, die vor allem in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas, bei der Verwaltung von Krankenanstalten gemacht wurden. Nach der Feststellung, daß der Betrieb von Krankenhäusern auch wirtschaftlich sehr bedeutungsvoll ist - in Westdeutschland zum Beispiel, machen die Aufwendungen für Krankenhäuser rund zwei Prozent des Sozialprodukts aus - beschäftigte sich Dr. van Aubel mit dem derzeitigen Zustand der Krankenanstalten, den er als nicht restlos befriedigend bezeichnete. In diesem Zusammenhang kam er auch auf das Problem der ärztlichen und wirtschaftlichen Leitung der Krankenhäuser zu sprechen, das in einzelnen Ländern Europas verschieden geregelt ist. In der Deutschen Bundesrepublik ist man in letzter Zeit vielfach dazu übergangenen, die Krankenhäuser von einem Team leiten zu lassen, das aus dem Arzt, dem Verwalter und der leitenden Schwester besteht.

Dr. van Aubel gab sodann wertvolle Anregungen für Rationalisierungsmaßnahmen in Krankenhäusern, wobei er immer wieder den kranken Menschen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellte.

Nach einer Darlegung der verschiedenen Auffassungen über den Umfang und die zweckmäßigste Betriebsführung einer Krankenanstalt meinte Dr. van Aubel, es müßte, um zu einer Verbesserung des derzeitigen Zustandes zu kommen, das System eines sparsamen Betriebes gefunden werden. Dazu gehöre nach seiner Ansicht auch eine Neukonstruktion der Pflegegebühren.

Abschließend berichtete Dr. van Aubel über die Tätigkeit des Instituts für Krankenhausbau an der Technischen Universität Berlin und über die Tätigkeit des Deutschen Krankenhausinstituts in Köln. Er regte an, auch in Österreich eine ähnliche Einrichtung zu schaffen.



Rindernachmarkt vom 14. November  
=====

14. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 8 Ochsen, 15 Kühe, Summe 23. Neuzufuhren Inland: 5 Stiere, 48 Kühe, Summe 53. Neuzufuhren Rumänien: 20 Kühe. Gesamtauftrieb: 8 Ochsen, 5 Stiere, 83 Kühe, Summe 96. Verkauft: 1 Stier, 10 Kühe, Summe 11. Unverkauft Inland: 8 Ochsen, 4 Stiere, 53 Kühe, Summe 65. Unverkauft Rumänien: 20 Kühe.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 14. November  
=====

14. November (RK) Kein Auftrieb.

- - -

Geehrte Redaktion!  
=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Freitag, den 15. November, um 15 Uhr, der Präsident der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, Stadtrat Mandl, im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates im Rathaus vor den Vertretern der Presse eine Rückschau auf die heurige Fremdenverkehrssaison halten und über die Ergebnisse der Fremdenverkehrskonferenz 1957 berichten wird. Als drittes Thema wird Stadtrat Mandl auch über die Werbeplanung sprechen.

- - -



Johann Resch - Bürger der Stadt Wien  
=====

14. November (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute unter Beifall aller drei Parteien einstimmig beschlossen, dem früheren städtischen Finanzreferenten, Stadtrat a.D. Gemeinderat Johann Resch, der seit dem Jahre 1947 das Finanzwesen der Bundeshauptstadt leitete, in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um den Wiederaufbau und den Neuaufbau Wiens zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

Johann Resch wurde am 11. November 1890 in Pottschach, NÖ., geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Mittelschule inskribierte er an der Technischen Hochschule. Er gab jedoch dieses Studium auf und trat 1910 als Konskriptionsbeamter in den Dienst der Gemeinde Wien. Während des ersten Weltkrieges war er von 1915 bis 1918 eingerückt und konnte erst nach dessen Beendigung seinen Dienst im Konskriptionsamt Meidling wieder aufnehmen. Zwei Jahre später berief ihn der damalige Stadtrat für Finanzangelegenheiten Hugo Breitner, dem Resch als außerordentlich tüchtiger Beamter aufgefallen war, in das Rathaus und beauftragte ihn mit der Einrichtung der Vorschreibung und Einhebung der vom Landtag neu beschlossenen Fürsorgeabgabe. Stadtrat Breitner zog Resch auch weiterhin zu planenden Verwaltungsarbeiten heran. Dazu zählen das Exekutionsamt, der Sanitätsbetrieb, die Verwaltung des Stadtschulrates, die Wasserwerke und der Erhebungsdienst. Im Jahre 1927 wurde ihm die Aufgabe übertragen, die Verkehrsbetriebe, deren Bilanz stark passiv war, zu reorganisieren; 1930 übernahm er deren Direktion. Die politischen Verhältnisse des Jahres 1934 führten zu seiner Pensionierung, die bis 1945 währte. In dieser Zeit arbeitete er in privaten Betrieben, ab 1940 als Prokurist eines Fabriksunternehmens.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde er wieder in die Stelle des Direktors der Verkehrsbetriebe eingesetzt. Im Zuge der Zusammenfassung sämtlicher Unternehmungen der Stadt Wien wurde er zum Generaldirektor der Wiener Stadtwerk ernannt.



Diese Stelle hatte er nur ein Jahr inne, denn 1947 übernahm er die Geschäfte der Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, als Amtsführender Stadtrat.

Nach Schaffung des zweiten Verstaatlichungsgesetzes wurde er zum ersten Vizepräsidenten der Verbundgesellschaft bestellt. Diese Funktion bekleidet er noch heute. Ferner gehört er dem Aufsichtsrat der Eisen- und Kohlenholding an. Im September 1956 wurde er zum ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Österreichischen Mineralölverwaltung-A.G. gewählt.

Johann Resch wirkte seit seiner Jugend in der sozialistischen Arbeiterbewegung mit. Im Jahre 1945 wurde er von der Sozialistischen Partei in die Kreditlenkungscommission der Bundesregierung entsandt und seit November 1951 gehört er dem Parteivorstand der SPÖ an.

Die Tätigkeit des Stadtrates Resch trug das Gepräge einer außerordentlichen Persönlichkeit. Nur eine solche konnte in der Lage sein, die vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben zu meistern, die im Laufe der Jahre gestellt wurden. Mit der schon so oft bewiesenen Energie und Durchschlagskraft sorgte er 1947 vor allem dafür, daß der Haushalt der Stadt Wien so rasch wie möglich wieder ins Gleichgewicht kam. Nur dadurch war der Wiederaufbau der schwer mitgenommenen Stadt binnen kurzer Zeit möglich geworden. Darüber hinaus aber konnten ungezählte Millionen für den Ausbau von Wien zur Verfügung gestellt werden. Und wenn Wien heute wieder den Rang einer Weltstadt einnimmt, ist dies nicht zuletzt der hervorragenden Finanzpolitik Stadtrat Reschs zu danken. Die Stadtverwaltung hatte in ihm einen überragenden Mitarbeiter, der unter Hintansetzung seiner persönlichen Interessen und unter Nichtbeachtung seiner Gesundheit unermüdlich zum Wohle seiner Vaterstadt gewirkt hat.